

Vorwort

Viel Kraft und ein hohes Maß an Flexibilität sind gefordert

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Astrid-S. Busse, Vorsitzende

unsere Zeitung hat einen gewissen Vorlauf, bevor Sie sie in der Hand halten. In diesem Jahr ist das von besonderer Bedeutung. Ich schreibe diese Zeilen am 12. Dezember 2020 gerade ist die Pressekonferenz der Bundesregierung beendet, auf der der neue verschärfte Lockdown verkündet wurde.

Nur noch zwei Tage, um in den Schulen zu planen, Schüler und Eltern zu informieren. Aber dass Pläne eine kurze Halbwertszeit haben, sind wir seit März 2020 gewohnt. Wir haben Erfahrungen gesammelt, die wir nun im zweiten Lockdown nutzen können.

Die Zeit fordert von uns Schulleitern sehr viel Kraft und ein extra hohes Maß an Flexibilität. Jeden Tag motivieren und trösten wir Lehrerinnen und Lehrer, haben ein Ohr auch für private Sorgen.

Wer hätte vor noch gar nicht so langer Zeit geahnt, welche neuen Aufgaben Schulleitungen zufallen:

- ▷ Im Namen des Gesundheitsamtes schicken wir ganze Klassen und Ihre Lehrerinnen und Lehrer in die Quarantäne. Das tun wir auch an Wochenenden, denn die kennen das Virus nicht.
- ▷ Wir verteilen CO₂-Messgeräte und Masken und überprüfen täglich die Einhaltung des Hygieneplanes.
- ▷ Die unzureichende digitale Ausstattung unserer Schulen, fällt uns jetzt einmal mehr auf die Füße.

Mit unseren „Staatsrechnern“ konnten wir nicht einmal an Videokonferenzen teilnehmen, da sie weder Kamera noch Lautsprecher haben. Wenn die Lehrkräfte aus den Schulen mit ihren Schülern digitalen Unterricht durchführen, besteht die Gefahr, dass das Netz zusammenbricht.

Diesmal das Positive am Ende. Die erhöhte Arbeitsbelastung der Schulleitungen anerkennend, hat die Senatorin die Unterrichtsverpflichtung bis Ende des Schuljahres aufgehoben. Wie wir das umsetzen, bleibt uns überlassen.

Ich wünsche uns allen Gesundheit und eine positive Perspektive für das Jahr 2021

Herzlichst Ihre

*Astrid-Sabine Busse
Vorsitzende*

INFORMATION ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 16.FEBRUAR 2021

Liebe Mitglieder und Freunde des IBS,

durch die Pandemie kann unsere Mitgliederversammlung am 16. Februar 2021 nicht stattfinden.
Wir werden Sie rechtzeitig über einen neuen Termin informieren.

Freuen Sie sich jetzt schon auf unsere Referentin
Güner Balci, die bekannte Journalistin, Filmemacherin und Integrationsbeauftragte.

Herzlichst Ihre

Astrid-Sabine Busse,
Vorsitzende

Schulpsychologie in der Krise

Auswirkungen der Corona-Pandemie

Das Jahr 2020 wird uns allen im Gedächtnis bleiben. Es wird uns noch lange in den Knochen sitzen, wie man so schön sagt. Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie schnell sich Dinge massiv ändern können und hat Sie als Schulleitungen und das pädagogische Fachpersonal vor nie dagewesene Herausforderungen gestellt.

Gleichzeitig hat dieses Jahr uns allen auch gezeigt, wie schnell in eigentlich recht starren Systemen wie der Schullandschaft kreative Lösungen gefunden werden können und wie flexibel wir alle in der Lage waren, gewohnte Prozessabläufe neu zu erfinden – weil wir es mussten. Dieses Jahr mit all seinen Herausforderungen zu meistern hat uns allen viel abverlangt.

Bereits ohne die Pandemie war die Situation in den Schulen deutschlandweit herausfordernd. Große Klassen, eine angespannte Personalsituation und Schüler*innen mit immer komplexer werdenden Problemlagen sind nur kleine Ausschnitte der alltäglichen Schwierigkeiten, mit denen Sie in Ihrer Schule Tag für Tag konfrontiert sind.

DIE SCHULEN SIND OFFEN GEBLIEBEN. TROTZDEM. TROTZ ALLEM.

Vielleicht haben Sie in der einen oder anderen schwierigen Situation Unterstützung durch Ihre zuständige Schulpsychologie erfahren und wissen, wie wertvoll diese Zusammenarbeit sein kann.

In jedem Bundesland ist die Arbeit und Zuständigkeit der Schulpsycholog*innen etwas anders aufgebaut und ausgerichtet. In Berlin bildet der Schulpsychologische Dienst zusammen mit der Inklusionspädagogik das SIBUZ (Schulpsychologisches

und Inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum). Als Beratungsstelle stehen diese beiden Fachbereiche in Berlin den Schulen in vielfältigen Problemlagen zur Seite. Jeder der 12 Berliner Bezirke hat ein SIBUZ. Zusätzlich gibt es ein 13. SIBUZ, welches überbezirklich für die beruflichen und zentralverwalteten Schulen zuständig ist.

Im Fachbereich Schulpsychologie finden Einzelfällarbeit und systembezogene Unterstützung der Schulen statt. Das hierbei abgedeckte Spektrum ist sehr breit. Im Bereich der Einzelfälle geht es unter anderem um Beratung, Unterstützung und Weitervermittlung bei Schuldistanz, Lern- und Leistungsschwierigkeiten, Motivations- und Konzentrationsschwierigkeiten oder auch Verhaltensauffälligkeiten und psychischen Problemen von Schüler*innen.

Für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und Schulleitungen gibt es neben dieser Unterstützung auch Coaching-, Supervisions- und Fortbildungsangebote durch die Psycholog*innen der SIBUZ.

Hinzu kommt die Unterstützung von Schulen im Bereich der Gewaltprävention und Krisenintervention. Hier werden Kolleg*innen mit Zusatzqualifikationen in Notfallpsychologie und Krisenmanagement eingesetzt, welche die Krisenteams auf Krisen vorbereiten und in akuten Krisensituationen im Management und durch Interventionen unterstützen. Diese

Situationen reichen von einzelfallbezogenen Einsätzen bei Gewaltvorfällen in Schulen, über selbstverletzendes Verhalten, Suizidalität, Todesfälle von Mitgliedern der Schulgemeinschaft bis hin zur Begleitung von Schulen nach Amokalarmlen.

In Berlin ist ein*e Schulpsycholog*in im Durchschnitt für ca. 5.000 Schüler*innen und deren Eltern zuständig. Im Bereich der Gewaltprävention und Krisenintervention gibt es genau eine*n Kolleg*in pro SIBUZ. Ausnahmen bilden hier aktuell Neukölln und Mitte, die jeweils zwei zuständige Psycholog*innen in diesem Bereich beschäftigen.

Berlin verzeichnet nach wie vor einen fortlaufenden Anstieg der Bevölkerung. Dies wirkt sich natürlich auch auf die Zahl der Schüler*innen aus. Allein in den vergangenen fünf Jahren stieg die Zahl der in Berlin beschulten Kinder und Jugendlichen um 28.000, und der Mangel an qualifizierten Lehrkräften hat sich in vielen Bezirken deutlich verschärft. Ein Ende ist nicht in Sicht. Gleichzeitig verzeichnen wir in den letzten Jahren nicht nur eine deutlich erhöhte Anzahl von Unterstützungsanfragen, auch die Komplexität der Problemlagen erhöht sich immer weiter.

Die Pandemie wirkt wie ein Katalysator auf die vorherrschenden Problemlagen. Schwierigkeiten, die vielleicht bis dato unter der Oberfläche schwelten, treten nun in vielen Fällen durch die langanhaltende Anspannungssituation offen zutage. Probleme, die vor der Pandemie noch ohne Hilfe gemeistert wurden, bringen jetzt Familiensysteme zum Zusammenbrechen. In den Schulen ist es ähnlich. Durch das Credo „Die Schulen bleiben offen!“ ist auf die Berliner Schulen, die vor der Pandemie bereits erheblich unter Druck standen, noch deutlich mehr Druck gegeben worden. War der Krankenstand an den Berliner Schulen vor der Krise schon länger hoch, so schießt er nun durch die Decke. Auch die psychische Belastung der Pädagog*innen in den Schulen hat massiv zugenommen. Durch die Entscheidung der Senatsverwaltung, wöchentlich neu und auf dem aktuellen Infektionsgeschehen basierend festzulegen, wie der Unterricht in jeder einzelnen Schule der Stadt in der darauf-

folgenden Woche aussehen wird, sind eine dauerhafte Verunsicherung und eine anhaltende Anspannung bei den in Schule tätigen Kolleg*innen sicht- und spürbar.

Die aktuelle Situation macht deutlich, wie wichtig ein psycho-soziales Unterstützungsangebot für Schulpersonal, Schüler*innenschaft und Eltern ist. Auch die psychischen Nachwirkungen der Pandemie werden unsere Arbeit in den nächsten Jahren prägen.

Umso erschreckender ist es, dass gerade jetzt nicht etwa über eine Erhöhung der Stellen im Schulpsychologischen Dienst nachgedacht wird, sondern vielmehr ein eklatanter Stellenabbau drohen könnte. Im Moment sind bis zu 26 Schulpsycholog*innen-Stellen in den 13 Berliner SIBUZ nicht sicher, da ihre Finanzierung über zeitlich nur begrenzt einsetzbare Bundesmittel läuft, welche im nächsten Haushalt nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies entspricht in etwa 25 Prozent aller Stellen im Schulpsychologischen Dienst in Berlin und hätte für die Schullandschaft Berlins fatale Folgen! Der Berliner Senat muss gerade in der aktuellen Situation sicherstellen, dass hier nicht an der falschen Stelle gespart und ein so wichtiges Unterstützungsangebot für die Schulen der Hauptstadt massiv ausgedünnt wird. Die vakanten Stellen müssen im kommenden Landeshaushalt fest verankert werden, damit erfahrene, mit großem Einsatz handelnde Kolleg*innen weiterbeschäftigt werden können und dringend benötigt Neueinstellungen schnell möglich sind.

Für die Vertretung der Schulpsycholog*innen Berlins hat sich vor einem Jahr der Landesverband Schulpsychologie Berlin e.V. gegründet. Wir versuchen, unserem wichtigen Fachdienst für die Berliner Schulen eine Stimme zu geben und auch auf Missstände wie die oben geschilderten aufmerksam zu machen.

Autorin: Stephanie Krause

Schulpsychologin für Gewaltprävention und Krisenintervention im SIBUZ Steglitz-Zehlendorf, 2. Vorsitzende des Landesverband Schulpsychologie Berlin e.V.

„Ich hasse Sie“

Gedanken zur Meinungsfreiheit

„Sehr geehrter Herr Müller, wir werden den mündlichen Tadel, den sie unserem Sohn Felix gegeben haben, nicht akzeptieren. Er hat auf dem Flur zu Ihnen ‚Ich hasse Sie‘ gesagt. Das ist keine respektlose Beleidigung wie Sie behaupten, sondern er hat von seinem Recht der Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht. Wenn Sie das als Provokation auffassen, ist das Ihr Problem.“

So oder so ähnlich klang es in einer Mail, die mich am letzten Schultag vor Weihnachten im Cc erreichte. Zwischen den Eltern und „Herrn Müller“ wurden dann noch weitere Mails gewechselt. „Wir haben Werte, die wir unserem Sohn vermitteln und wir bitten Sie es zu unterlassen, unseren Sohn erziehen zu wollen. Sie sind lediglich für den schulischen Lernstoff zuständig.“ Schließlich endete die Diskussion: „Wir werden uns an höherer Stelle über Sie beschweren, denn wir lassen nicht zu, dass unser Sohn wegen Ihrer Eitelkeit leiden muss.“

Man könnte lachen über den ganzen Vorfall. In Büchern wie „Chill mal Frau Freitag“ wird das auch versucht. Man kann mit dem Schulgesetz argumentieren und den Eltern geduldig erklären, welchen Auftrag die Institution Schule hat. Man kann sich fragen, warum sich die Eltern um ihren Sohn Felix so große Sorgen machen und welche Ängste man ihnen nehmen sollte.

Mich ärgern solche Situationen aber zunehmend und ich sehe einen dringenden Handlungsbedarf. Leider haben wir es hier nämlich

nicht mit Einzelfällen etwas verschrobener Eltern und mit einfach nur pubertierenden Jugendlichen zu tun.

Die verbalen und auch körperlichen Angriffe gegen Lehrkräfte und Mitarbeiter*innen in der Schule werden immer häufiger und heftiger, „ich hasse Sie“ ist da noch ein harmloses Beispiel. Ständige Provokationen, übelste sexistische Beleidigungen bis hin zu tätlichen Übergriffen haben in Besorgnis erregendem Maße zugenommen. Ähnlich wie Polizisten und Sanitäter erleben Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Arbeitsalltag immer stärkere Belastungen.

Da sind zunächst die Schülerinnen und Schüler, die mit ihrem Verhalten Grenzen sprengen. Schon immer gehörten „Streiche“ und „Dummheiten“ zum Schulalltag, dies musste schon Lehrer Lämpel erleben. Aus den „Streichen“ sind inzwischen aber gefährliche Körperverletzungen geworden, wenn zum Beispiel auf dem Schulhof Feuerwerkskörper gezündet werden, die ein „Knall-Trauma“ auslösen oder ein Stuhl aus dem Fenster des 3. Stockes fliegt. Persönliche Beleidigungen gegen Lehrkräfte im täglichen Umgang haben eine neue Dimension angenommen. („Ich fickte Dich, Du Fotze“). Auch untereinander fügen sich Schüler*innen zum Teil massiven Schaden zu. So klingeln Schüler an der Haustür eines Mitschülers und schlagen ihn und seinen Vater blutig oder es werden Nacktfotos einer 13 Jährigen ins Netz gestellt. Von den Lehrkräften wird dann erwartet, dass sie solche Taten verhindern, Schuldige finden und bestrafen. Gelingt das nicht in gewünschtem Maße, erscheinen aufgebrachte Eltern in der Schule um zu schimpfen und zu drohen.

Und so wird auch die Rolle der Eltern bei Konflikten immer häufiger zu einem Problem. „Wollen Sie behaupten, dass meine Tochter lügt?“ Dieser Satz fällt oft bei dem Versuch zu erklären, dass es in einer Situation verschiedene Perspektiven geben könnte. Dabei ist schon viel gewonnen, wenn Eltern überhaupt zu Gesprächen kommen. Immer geringer wird die Bereitschaft „die andere Seite“ zu hören oder – wie im eingangs beschriebenen Beispiel gezeigt – eine Einsicht in das Fehlverhalten des eigenen Kindes zu erlangen. Leider wird in solchen Auseinandersetzungen dann oft nicht mehr mit den betroffenen Personen gesprochen, sondern Eltern schalten sofort die Schulleitung oder die Schulaufsicht ein. Zunehmend wird auch gleich Strafanzeige bei der Polizei gestellt. Manchmal habe ich den Eindruck, dass eine solche Zuspitzung von Konflikten bei RTL2 gelernt wurde.

Schließlich fehlt den Lehrkräften und Schulleitungen zuweilen auch noch der Rückhalt in der eigenen Verwaltung. Mit pädagogischem Geschick sollen Situationen bewältigt werden, die nicht zu bewältigen sind. „Ich schieß auf Eure Werte, Sie haben mir gar nichts zu sagen“ hat ein Schüler mal zum Schulleiter in einer Konferenz gesagt und sein Vater fand das richtig und gut. Er wollte aber auf keinen Fall eine andere Schule für seinen Sohn und nichts geschah. Leider kann der Eindruck entstehen, dass es auch in einigen Teilen der Schulverwaltung eine klammheimliche Sympathie für grenzüberschreitende Schüler gibt und deshalb klare Positionierungen zugunsten der „faulen Lehrersäcke“ nur zögernd erfolgen.

Natürlich müssen Konflikte mit Empathie, Verständnis, Geduld und Langmut bearbeitet werden. Lehrer*innen und Schulleiter*innen wissen das, es ist ihr tägliches Geschäft.

Wir brauchen aber aus meiner Sicht eine gesellschaftliche Diskussion um das Selbstverständnis der Institution Schule. „Wir bitten Sie es zu unterlassen unseren Sohn erziehen zu wollen“ – so steht es wörtlich in der Mail und nicht wenige Eltern denken so. „Sie haben Ihre Werte – wir haben unsere“. Das ist eine gefährliche Haltung, die wir nicht akzeptieren dürfen! Die Vorfälle im Zusam-

menhang mit dem Mord an dem französischen Lehrer Samuel Paty zeigen, wohin eine solche Haltung letztendlich führen kann. In der Schule sollen die Werte unserer Gesellschaft vermittelt werden, so ist ihr grundlegender Auftrag. Damit dies gelingen kann, muss man Lehrerinnen und Lehrer stützen und stärken. Angriffen gegen sie muss man entschieden entgegen treten.

Autorin: **Beate Maedebach**



IMPRESSUM

IBS Interessenverband Berliner Schulleitungen e.V.

IBS Vorsitzende:
Frau Astrid-Sabine Busse
vorstand@ibs-verband.de

Geschäftsführer:
IBS c/o Helmut Kohlmeier
Lily-Braun-Straße 101
12619 Berlin

Tel./Fax: 030 971 58 32